

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr

Redaction und Expedition
Johannstraße 8.
Sprechstunden der Redaction
Bismarckstr. 10-12 Uhr.
Nachmittags 5-6 Uhr.

Kundgabe der für die nächstfolgende
Nummer bestimmten Inserate an
Montagen bis 8 Uhr Nachmittags,
an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr.
In den Fällen für Auf-Nachnahme:
Otto Klemm's Verlag, (Hilfstr. 10),
Kaiserstraße 1.

Kaufmann
Kaiserstraße 14, part. und Bismarckstr. 7,
nur bis 1/2 3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementpreis

vierteljährlich 4 1/2 M.,
in M.-Scheine, incl. Postgebühren 5 M., durch
die Post bezogen 6 M., Einzelpreis 20 Pf.
Belegblätter 10 Pf.
Werbekosten für Extrablätter
(in Textform) 20 Pf.,
ohne Textform 30 Pf.,
mit Textform 40 Pf.

Inserate 6 gespaltene Zeilen 20 Pf.
Größere Schriften laut und Verordnungen,
Zeichnungen u. dergleichen nach Ueberein-
kunft.

Reclamen

unter dem Redactionstitel bis 4 Spalten
10 M., vorher Familienanzeigen
die 4 Spalten 10 M.
Inserate sind stets an die Expedition zu
senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Bekanntmachung oder durch Post
zusenden.

Nr. 138.

Montag den 18. Mai 1891.

85. Jahrgang.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Zum Neubau der St. Andreas-Kirche in Leipzig sollen die
nachstehend erforderlichen
Grd., Mauer-, Stein- und Zimmerarbeiten
auf dem Wege der Submission vergeben werden.
Die auf Bestellung an diesen Ausschuss zu stellenden
Deren Unternehmer werden gebeten, ihre diesbezüglichen Meldungen
bis spätestens den 23. Mai d. J. in unserer Kirchen-Expedition
Kaiserstraße Nr. 10, part., schriftlich einzureichen, worauf wegen
Kaufverpflichtung der Blätter das Weitere demnach bekannt gegeben wird.
Leipzig, den 16. Mai 1891.

Der Kirchenbauausschuss zu St. Andreas befehlt.
Hl. Schumann, S.

Die deutschen Colonien.

• Mit den Ergebnissen der abgelaufenen Reichstagsperiode
auf colonialpolitischen Gebiet kann man wohl zufrieden sein.
Die Fortschritte der Regierung sind insgesamt bewilligt
worden, was uns mit um so größerer Genugthuung
erfüllen muß, als die Centrumpartei, deren Unterstützung
dabei nicht entbehrt werden kann, bekanntlich nur zögernd und
zurückhaltend die colonialpolitische Bahn betreten hat, und auch
die neuen Vertreter der Regierung nicht immer mit voller Wärme
und Energie ihre Sache zu führen schienen. Der Reichs-
kanzler v. Caprivi zeigte sich auf diese als einen sehr tüchtigen,
fast stetig colonialpolitischen und seine juristisch haltenden
tätigen Ausführungen fahnte mitunter auf der einen mehr
weil als bei den Colonialfreunden. Er stellte sich aber
doch entschieden auf den Standpunkt, daß das einmal
begonnene festgehalten und das begonnene Werk in ruhiger
vorsichtiger Prüfung fortgesetzt werden müsse, schon der
deutschen Ehre und dem deutschen Ansehen zu Lieb. Ein
abgeschlossenes, für längere Zeit gültiges colonialpolitisches Pro-
gramm hat die Regierung nicht abgegeben, und man weiß
für das bei dem Wechsel und Fluß, in dem alle diese Ver-
hältnisse befragen sind, kaum verstanden können. Immerhin
stehen folgende Linien eines colonialpolitischen Programms
hervor.

• Was das wichtigste unserer Schutzgebiete, Ostafrika,
betrifft, so ist der wichtigste Inhalt der neuen Organisa-
tion: Verwandlung des Landes in eine unter Reichs-
verwaltung stehende Kroncolonie, Einsetzung eines Gouverneurs,
Beibehaltung der Schutzverträge als einer kaiserlichen, Um-
gestaltung der deutsch-afrikanischen Gesellschaft zu einer
privaten Gewerkschaft. Eine Zweitbeziehung und ver-
bündenerartige Beziehung des Landes, so daß zwischen einer
Kroncolonie an der Küste, einem dahinter liegenden Schutz-
gebiet der deutsch-afrikanischen Gesellschaft und einer
noch entfernteren Interessensphäre unterschieden würde,
ist nicht beabsichtigt, sondern das ganze Gebiet soll
als einheitliche Kroncolonie behandelt werden. Mit
Sicherheit ist anzunehmen, daß die Kolonialpolitik sehr
bald die Verwaltungskosten decken werden. Das eigentliche
Schwerzentralland unter unseren Colonien ist Südwest-
afrika. Die bisher hierfür angekauften Summe von
265 000 M. ist in dem neuen Etat um 25 000 M. erhöht
worden, zur Einrichtung einer landwirtschaftlichen Versuchsan-
stalt und einer Anstalt für die Arbeiter. Die Bewe-
samkeit und das Klima dieses Landes erweisen sich für
europäische Arbeiter günstige Aussichten auf erfolgreichen
Betrieb von Ackerbau und Vieh-, namentlich Schafzucht.
Außerdem ist noch immer eine gemüthliche berg-
bauliche Ausnutzung dieses Gebietes nicht hinlänglich auf-
geklärte Frage. Bei der augenblicklich dort herrschenden
Vernachlässigung der Bedürfnisse ist die fernere Entwicklung
in diesem Gebiet noch weniger als in andern vorherzusehen; die
Regierung hat sich daher ein weiteres „Versuchsjahr“ aus-
zuweisen. In einem Nachtragsetz wurde dann zur Förderung von
Geld und Handel im Schutzgebiet von Kamerun ein
Betrag von 1 425 000 M. gefordert, für Errichtung von
Wegen in das Innere, Errichtung einiger militärisch besetzter
Stationen und Anlagen zur Erleichterung des Verkehrs an
der Küste. Es war dabei eine allmähliche Wiederherstellung des
Rückverkehrs durch das Schutzgebiet, die Zahlung von
Jahresraten vorzuziehen, so daß die Rückzahlung eines Zeit-
raums von 16 Jahren erforderlich würde; die erste Rückzah-
lung ist bereits für das Etatsjahr 1891/92 angesetzt. Auch
diese Forderung wurde durch Conservativen, Nationalliberalen
und Centrum bewilligt.

• Das deutsch-englische Abkommen ist bei diesen
colonialpolitischen Entscheidungen von conservativer und national-
liberaler Seite einer feindseligen in allen Stadien zusammen-
drückend entgegen zu stehen, und der Versuch des Reichskanzlers,
diesen Vertrag zu rechtfertigen, konnte nicht als ganz gelungen
betrachtet werden. Immerhin mußte zugegeben werden, daß
auch jetzt noch Spielraum genug für eine erfolgreiche deutsche
Colonialpolitik übrig bleibt, und das Ergebnis der Verhand-
lungen war, daß auch von diesem so unglücklich zusammen-
gelegten Reichstag die Fortführung dieser Unternehmungen
gebilligt wurde. Nach Berücksichtigung aller mancher weiter-
gehende Forderungen werden wir jetzt in eine Periode ruhiger
und mächtiger Colonialarbeit eintreten.

Leipzig, 18. Mai.

• Ueber die Reise des Kaisers Wilhelm II. nach
Holland unter der „Königin Wilhelmina“ Geleit
folgendes: Der Kaiser Wilhelm wird im Juni unser Land
besuchen. Er kommt mit seiner Frau in Amsterdam an, wo
er durch ein niederländisches Gefolge empfangen werden
wird, welches aus den drei Schwestern der Königin
Emma, „Van Galen“ und „Johan Willem Friso“, der
Familiengröße „Cumara“, drei Kammerfrauen und einem
Kammerdiener besteht. Der holländische Botschafter
H. A. de Joffelaer de Jong wird das Geleitkommando
übernehmen. Der Besuch des Kaisers in Amsterdam erfolgt
auf ausdrückliche Einladung der Königin-Regentin, die dem
Kaiser ein lebenswichtiges Schreiben sandte, in welchem sie
ihm bat, im Laufe des Sommers die niederländische Kaiser-
fahrt mit seinem Besuche zu beenden.

• Ueber die großen Manöver in der Nähe Münchens,
welchen der Kaiser als Gast des Prinz-Regenten beiwohnen
wird, verlauten nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“

folgende Einzelheiten: Der Kaiser trifft am 8. September
von Wien kommend, in München ein und feiert in der
Residenz ab. Am 9. September findet eine große Parade
der sämtlichen Truppen auf der Maximilianer Höhe in der
Nähe des neuen Militärschießplatzes statt. Am 10. September
ist Manöver der beiden bayerischen Armeekorps gegen
einander, am 11. September Manöver beider vereinigten
Korps gegen einen maritimen Feind. Der Kaiser und der
Prinz-Regent mit ihren Söhnen bezogen sich mittelst Exer-
cizien täglich auf das Manöverfeld und feierten Abends in die
Nächte zurück.

• Durch die Zeitungen — u. a. die „Westfälische
Nachrichten“ und das „Kleine Journal“ — lief dieser Tage
die Notiz, daß bei dem Reichskanzler v. Caprivi sich „jüngst
infolge der aufstrebenden Amtstätigkeit“ das „alte Weiden,
die Reichskanzler „eine längere Karlsruher Cur“ empfohlen.
Die „Neue Zeitung“ ist auf Grund besserer Information in
der ersten Ausgabe, zu verstehen, daß die Gesundheit des
Reichskanzlers, der niemals an Juckerkrankheit gelitten hat,
vortrefflich ist, und daß die Gerüchte von einer Reise des
Herrn v. Caprivi nach Karlsruhe ebenfalls völlig auf der
Luft gegriffen sind.

• Herr Emil Ritterhaus in Darmen veröffentlicht
folgende Erklärung: „In Nr. 110 der „Freisinnigen Zeitung“
wird nach einer Mitteilung der „Allgemeinen Volkszeitung“
gesagt, daß dem Kaiser während seiner Kammerfahrt in
Düsseldorf im Auftrage der Großindustriellen des
Rheinlandes ein von Emil Ritterhaus verfaßtes Gedicht
überreicht worden sei, worin der Wunsch ausgesprochen war,
der Kaiser möge sich mit Bismarck versöhnen und denselben
wieder an die Spitze der Regierung stellen.“ An dieser
ganzen Sache ist kein wahres Wort und die von der
„Freisinnigen Zeitung“ daraus geschöpfte Bemerkung
„Emil Ritterhaus hat allerdings verschiedene Einreden im
Aufsichtsrath industrieller Gesellschaften inne, und hat denn
auch infolgedessen schon wiederholt seine Nase in den Dienst
seiner Vorgesetzten stellen müssen“ ist eine schamlose Gemein-
heit. Darmen, den 15. Mai 1891. Emil Ritterhaus.“

• Der Staatssecretär des Reichsamtes des Innern,
Staatsminister von Bötticher, hat sich heute nach Burg-
heim in der Provinz Sachsen begeben, um dort die Pfingst-
feierstage zu verleben.

• Die Gewerbeordnungskommission wird bekanntlich in
der Hauptsache am 1. April 1892 in Kraft treten. Nur für
die Bestimmungen über die Fortbildungsschulen ist dieser
Termin schon auf den 1. October des laufenden Jahres fest-
gesetzt und die Einführung der Sonntagsgewerbeverordnungen
ist einer besonderen kaiserlichen Verordnung vorbehalten. Für
die Neuerungen bezüglich der Steuer- und eines Theils der
Arbeitsarbeit ist sogar eine Uebergangsfrist bis zum 1. April
1894 vorsehen.

• Die von einigen Blättern gebrachte Mitteilung, daß
ein Entlassungsgesuch des Ministers von Rappach vom
Kaiser bereits genehmigt sei, behauptet sich nach den Berliner
Politikern nicht. Richtig scheint zu sein, daß
Herr von Rappach die Absicht zu erkennen gegeben hat,
in Würde von seinem Amte entlassen zu werden; doch kann
immerhin noch einige Zeit bis zur künftigen Genehmigung
dieses Wunsches verfließen. Entsprechend dieser Sachlage
verhält es sich natürlich mit der Neubesetzung des Postens
eines Eisenbahnministers, für welchen der Präsident des Eisen-
bahndirektion in Hannover, Herr Thielen, anzufragen sein
dürfte; namentlich dort verbleibt in den letzten Tagen in
Berlin und hatte mehrfach Besprechungen mit maßgebenden
Verwaltungskreisen. Parallel mit diesen Nachrichten geht auch
das Gerücht, daß es in der Absicht liegt, die Verwaltung
des Reichsamtes, insbesondere die Wasserbau-Abteilung von
dem Eisenbahnministerium abzugeben.

• Es taucht jetzt in ziemlich beklagter Form die
Frage auf, daß im Reichsamte des Innern ein neuer
Gesetzentwurf über den Verkehr mit Wein ausgearbeitet
sei und im Herbst dem Reichstage zugehen werde. Bekannt-
lich hatten die verbündeten Regierungen schon einmal in der
Session 1887/88 einen darauf bezüglichen Entwurf vorgelegt.
Derselbe gelangte aber, trotzdem er in einer Commission
verhandelt war, im Plenum nicht einmal zur zweiten Lesung.
Zum letzten Male wurde die Weinfrage im Reichstage bei
der Beratung des Gesetzes für das Reichsgewerbeamt auf
1891/92 im Januar des laufenden Jahres erörtert. Nach
dem damals von Seiten einiger Abgeordneten gemachten
Vorschlägen würde ein neuer Versuch der verbündeten
Regierungen auf diesem Gebiete namentlich auf Zustimmung
im Reichstage zu rechnen haben.

• Nach Erklärungen, welche regierungsfreudig in der Com-
mission des preussischen Abgeordnetenhauses zur Ver-
handlung des Antrages Korff auf Verbot des Privatbankens
mit Staatslotterien abgegeben sind, ist gegenwärtig im
Ministerium die Frage, ob eine fernere Verengung der
Competenzen der Lotterievernehmer zu Gunsten der
Staatskasse angezeigt ist, Gegenstand der Erwägung und
wird fortgesetzt im Auge behalten werden. Für die im
Januar 1892 beginnende 156. Lotterie wird die Zahl der
Loose vermehrt werden.

• Aus Cassel wird vom 15. Mai in Bezug auf die
dort demnachst stattfindende Reichstagswahl geschrieben:
In der letzten Abend Sitzung des General-Vorparlamentes
des national-liberalen Wahlkreises wurde von dem Vorsitzenden Herr
Reichsmann Dr. Harner über die Candidaturfrage und die zur
Herbeiführung einer Einigung zwischen den drei Parteien, National-
liberalen, Conservativen und Gemäßigten, gethanen Schritte eingehend
Bericht erstattet, durch welche unter neuliche Mittheilung bekannt
wurde. Die Verhandlungen wurden von national-liberaler Seite in
dem Gebirge eingeleitet, es geht hauptsächlich, daß auf einen
solchen Candidaten zu vereinigen, für den die drei Parteien
Wähler zu gewinnen sein würden. Als ein solcher Mann, der dem-
nach keine unabhängige Stellung allem dilligen Anforderungen
als Vertreter des Bürgerthums gerecht werden könne, hat sich in seiner
Eigenschaft als Vorstandsmitglied des Bürgervereins gegen
Bretzenau und als Reichs- und Reichs-Bevollmächtigter, als ein
solcher geeigneter Mann wurde nun bei Vorständen der conferen-
tären wie bei den Gemäßigten Partei Herr Dr. med. Erdmann
empfohlen, und zwar um so mehr, als aus Würdigen von rechts
und links so viele Kundgebungen verschiedener Complicaten erfolgten.
Die Conservativen beschwanden jedoch unbedingt Haltung des
Präsidenten, was jedoch von den National-liberalen mit ganzem
Grund abgelehnt wurde, denn für einen streng conservativen
Candidaten der äußersten Rechten hat keine Wahrscheinlichkeit,
eine bestimmte ausgeprägten Parteistellung nicht einzunehmen,

weil nicht zu gewinnen. Wenn wenigstens dann auf eine
Unterstützung der Freisinnigen gerechnet werden. Daraus
verlangten die Conservativen, es möge ein Conservativer als Com-
promisskandidat aufgeführt werden, der als „Wilder“ in den
Reichstag gehe und schlagen als jeden der sonstigen Kameraderen
von Reichstagen der deutsch-conservativen Parteien nach dem Verthe
hierbei kam und sich vorstellte. Als bei dem angeführten
Präsidenten konnte jedoch dieser Kandidat, der ebenfalls hier gültig
unbekannt ist, wohl kaum ernstlich in Frage kommen, denn diese
Wahlmänner sind für einen solchen Herrn nicht zu erwidern.
Die Verhandlungen mit dem deutsch-freisinnigen Parteivorstand
hatten das Ergebnis, daß man ein Zusammengehen mit den
Conservativen zwar ablehnte, dagegen eine Unterstützung der
Candidatur Erdmanns in irgend einer Form zuließ. Man
hatte zwar den Wunsch an Dr. Erdmann geäußert, er möge sich
als freies liberaler Kandidat aufstellen lassen und im Reichs-
tage seiner Fraction betreten, insofern dies hat derselbe jedoch
abgelehnt. — Herr Dr. Harner selbst freut sich, daß für die
Candidatur Erdmanns viel Bewegung in allen Wählerkreisen
betriebe und daß derselbe von links wie rechts unterstützt werde,
man habe daher nicht länger zögern wollen und brachte
Schlussam der Candidatur in Reichstag, um so mehr, als allgemein
die Wahrscheinlichkeit besteht, Dr. Erdmann und nicht der
Antikandidat Dr. Fischer zu gewinnen, den socialistischen
Candidaten zu schlagen. — Herr Dr. Erdmann ergreift hierzu
zu einer kurzen Ansprache das Wort, indem er u. a. erklärt, er
habe nicht nach einer Candidatur gestrebt, jedoch geäußert, im Falle
der Sache nicht abzuweichen zu lassen. Seine Candidatur sei in der
That nicht die eines liberalen Wärgers zu betonen, sein
Programm stelle in der That die des liberalen Schenkens und
Kritikens des Reichstages und des Reiches. (Beifall.) Vor allen
Dingen geht es den Kampf gegen die Unklarheit ernstlich
aufzunehmen. — Die sachliche Bekämpfung der Candidatur
schloß sich demnach die Candidatur Erdmanns und ging mit
einem Jauch auf den Candidaten aus.

• In dem französischen Ministerrath unterzeichnete der
Präsident Carnot die Decrete, durch welche eine Anzahl der
ausländischer der Vorkläufe vom 1. Mai verurtheilten Personen
begnadigt wird.

• Die italienische Deputirtenkammer setzte heute
die Debatte über das Budget des Autonomie fort und
beriebt über die Frage der italienischen Schulen in den
Colonien. Eine von dem Deputirten Bruin beantragte Tages-
ordnung schlägt vor, für die italienischen Schulen in den
Colonien und im Auslande für das Budgetjahr 1891/92 den
gleichen Credit zu bewilligen, wie unter dem Cabinet Crispien.
Diese Tagesordnung, welche die Regierung nicht acceptirt
hatte, wurde in samstäglicher Abstimmung mit 159 gegen
34 Stimmen verworfen. Die Kammer genehmigte jedoch
den Titel nach Redaction von 133 000 Francs entsprechend
dem Antrage des Ministeriums. (Wiederholt.)

• Die portugiesische Regierung hat sich offenbar mit
dem neuen Abkommen in Bezug auf Südafrika ein-
verstanden erklärt. Dasselbe heißt Südwest-afrika, und
weil es die äußerste Grenze der portugiesischen Besitzungen
darstellen soll, und hauptsächlich ist es ein großes Zu-
geheimnis, denn wirklich von Zambezi, von Portugal in dem
ersten geschlossenen Abkommen auf ein verhältnismäßig kleines
Territorium zwischen dem Schind, dem Zambezi und einer vom
Einfluß des Rio in den Schind bis nach Zegezeze Linie beschränkt
war, enthält es jetzt ein Gebiet von 50 000 Quadratkilometern,
begrenzt im Süden vom Zambezi, im Osten vom Schind, im
Nordwesten von einer vom Einfluß des Rio nach dem Mittel-
lande des Riozegezeze gezogenen Linie und im Westen vom
Riozegezeze bis zu dessen Vereinigung mit dem Zambezi des
Jambos. Was das Opfer von englischen Staatspapieren aus
doppelt schmerzhaft macht, ist die Unterbindung der Straße
von Süd-Zambezi nach Kapstadt; wenn sich hierin die
Portugiesen nicht nachträglich gefügt zeigen, werden die
Engländer sich wie bisher auf dem Zambezi und dem
Schind nach Kapstadt bemühen müssen. Portugal er-
hält ferner auf seiner Ostgrenze eine Ausdehnung bei
Maffi-Kette, es hat damit freilich die ganzjährige Grenze
des ersten Abkommens noch nicht wieder erlangt. Der
Vorzug, nach welchem die Engländer sich sehr schätzen,
verbleibt bei Portugal, daß er geht es den Engländern
das Durchgangsrecht vom Hochlande nach der Ostküste
zu. Unter den erhaltenden Umständen ist das Abkommen
für Portugal durchaus annehmbar. Jeder Vertrag würde die
finanzielle Erhaltung des Landes nur beeinträchtigen; denn am
Ende ist doch Portugal geographisch fast vollständig von Eng-
land abhängig; der größte Theil seiner Handelsbeziehungen
besteht auf dem hiesigen Markt und seine Handelsverbindungen
weisen auf England hin. Das Westküsten-England ist ihm
daher unerlässlich. Das Verdienst, den neuen Ausgleich aus-
gearbeitet zu haben, gebührt wieder dem jetztigen Marquis
de Seveval, der hier in der königlichen Familie und in der
Gesellschaft persona gratissima ist und von Herz Salburg
augenblicklich begünstigt wird.

• Der ehemalige rumänische Ministerpräsident Ioan
Bratianu ist, wie bereits telegraphisch gemeldet, gestorben.
Damit ist einer der bedeutendsten Staatsmänner, die dieses
Jahrhundert bei den unterdrückten Völkern der Balkanhalbinsel
herorgebracht hat, man darf wohl sagen, der Carouar
der Welt und Baladai, der aus den beiden ehemals
tributären Donauuferländern ein von Ungarn und
von der Türkei unabhängiges Königreich geschaffen hat,
dahingegangen. Angesichts des jetzigen nach Ungarn neigen-
den Cabinets von Bukarest kann man den Rumänen nur
wünschen, daß ihnen die Zukunft bald Erlaß für den gestorbenen
Bratianu gewähren möge. Bratianu war 1822 geboren, er-
hielt seine Ausbildung, wie damals alle vornehmen Rumänen,
in Paris, nahm 1848 an der Revolution in der Walachei
Theil und lebte nach ihrem Weggange erst 1856 nach Ab-
schluß des Pariser Friedens als Paris, wohn er geblieben,
nach Bukarest zurück. Er half 1859 die Vereinigung der
Walachei mit der Moldau herbeiführen. Fürst Cuza erhielt
sich jedoch immer verhältnismäßig zu Bratianu. Erst 1866 mit
der Thronbesteigung Karls von Hohenzollern begann die
Wirksamkeit Bratianus im Großen. Er mußte wegen Ueber-
nahme des französischen Einflusses 1865 sein Amt nieder-
legen, kam aber 1876 wieder an die Regierung, die er bis
1881 führte. In diese Zeit fällt der russisch-türkische Krieg
und die Heldenthat der Rumänen von Plewna. Bratianu
hatte die Genugthuung, Rumänien unabhängig-
keit, aber den Schmerz, die Abtretung der Silvanien
undessarabiens an das unabhätbare Bulgarien zu
unterzeichnen. Dafür erhielt Rumänien die Dobruvka.
Entlich vollendete sich die Erhebung Rumänien 1881 eben-

falls unter Bratianu's Ministerpräsidentschaft durch die
Anerkennung des Staates als Königreich. Mit weitem
Tact und kluger Zurückhaltung verstand es Bratianu in den
folgenden Jahren, die schwierige Stellung des jungen König-
reichs zwischen Rußland, Oesterreich und den bulgarisch-
serbischen Völkern erfolgreich zu bewahren. Der Prinz
Bratianu's, der auch auf dem Berliner Congress und später
zu wiederholten Malen mit Bismarck unterhandelte, in Berlin
wie in Friedrichshagen, überlebte Rumänien vor mehreren
Jahren der conservativen Partei, die noch jetzt in Bukarest
herrscht.

• Die die Pariser Vertreter der Hellenischen Con-
gresspartei erfahren haben, ist von Balmaceda ein
Austausch der Gefangenen beantragt worden; die Congress-
partei habe darauf erwidert, sie sei bereit den Antrag anzu-
nehmen, wenn seitens Balmaceda's auch alle auf bloßen Ver-
bott verhaftete Bürger freigelassen würden und Balmaceda
sich ferner verpflichte, seinen Bürger mehr zu beeheligen. Den
Vertretern der Congresspartei ist weiter eine Meldung zu-
gegangen, wonach der Handel vollständig darniederliege
und Balmaceda sich in Gelberlegenheit befinde. — Der
Regierungskreuzer „Imperial“ und der Torpedobote „Amiral
Duch“ und „Condor“ haben Valparaiso verlassen. (Wiederholt.)

• Aus Petersburg wird gemeldet: Die vornehme
russische Gesellschaft hält an der Ansicht fest, daß der Ver-
lust der Akitars auf den Jarenisch ein aus Sachalin
entpfernter verkleideter Rißliß gewesen ist.

Die Judenverfolgungen in Corfu.

• Die blutigen Judenverfolgungen in Corfu haben
die Athener Regierung nunmehr zu energischen Repressiv-
maßnahmen veranlaßt. Am 13. Mai ist ein griechisches
Kriegsschiff mit einer Batterie nach der Insel abgegangen
und zu den dahin beorderten Truppenverrichtungen werden
in einer ähnlicher Meldung der „Pol. Corr.“ neuerliche
Erzählungen von griechischen Truppen nach dem Schauplatz
der Greffe angeführt. Entlich hat, derselben Mitteilung
aus griechischer Quelle zufolge, die Athener Regierung
eine strenge Verhaftung der an den Urakben bestelligten
Personen angeordnet. Was das Verhalten der hie-
rischen Regierung anbelangt, so sieht dieselbe auf
dem Standpunkte, sich allen Schritten, welche die anderen
europäischen Mächte in dieser Angelegenheit unternehmen
werden, anzuschließen. Es scheint, daß die hiesige
Regierung ähnliche Verfügungen seitens des griechi-
schen Cabinetes erhalten hat, wie sie in der obigen
officiellen Athener Mitteilung enthalten sind, und daß die hie-
rische Regierung, die sie selbst einen diplomatischen Schritt
unternimmt, der griechischen Zeit lassen will, ihre Ver-
sicherungen bezüglich der Wiederherstellung der Ordnung und
Ruhe auf Corfu und Jante auszuführen. Die vorgelicht
Athens bezogene Meldung der „Kronzeitung“ über angebliche
Neuerungen, welche der griechische Ministerpräsident
gegenüber einem Diplomaten, betreffend die Verdrängung
„rituellen Wortes“ gegen orthodoxen Juden gemacht haben
soll, wird an maßgebender Stelle als vollständig erfannt
bezeichnet.

• Wien, 16. Mai. Nach einer Zuschrift der „Politischen
Correspondenz“ aus Athen besteht die diplomatische Action
in Betreff der Judenverfolge in Corfu darin, daß die
Vertreter der Mächte, die aller Anerkennung des guten
Willens der griechischen Behörden in Bezug auf die Unter-
drückung der Urakben, Angelegenheit der überaus ersten
Consularberichte sich zur Einbringung freundlicherer Vor-
stellungen bei dem Athener Cabinet veranlaßt haben. Um
der kaiserlichen Regierung keine Schwierigkeiten zu bereiten,
wurde von dem ursprünglich beabsichtigten Collectivvergehen
der fremden Vertreter Abstand genommen. Der hiesige
ungarische, der deutsche und der englische Vertreter haben
ihre Vorstellungen bereits vorgebracht, auch der hiesige
Beland und der französische Gesandte sind von ihren
Regierungen zu gleichem Vergehen angewiesen worden. Der
Vertreter Englands hat überdies wegen des auf Corfu vor-
gefallenen Verfalls, das Haus eines englischen Unterthans
in Brand zu setzen, Protest eingelegt.

Neues Theater.

• Leipzig, 17. Mai. In der gestrigen Aufführung von
Schiller's „Maria Stuart“ spielte Frä. Wande vom
Wagener'schen Stadttheater in der Titelrolle und zwar mit sehr
lebhaftem Beifall. Nach jedem Act, in welchem sie mitwirkte,
wurde sie wiederholt hervorgehoben und nach dem dritten mit
einem Fortbehalten ausgezeichnet. Die Kritik kann sich diesen
Beifallsäußerungen nur anschließen; wir glauben, daß unser
Theater an Frä. Wande eine geeignete Vertreterin für das
bedeutungsvolle Stück gefunden hat, namentlich die „Maria Stuart“
eigentlich nicht in das Fach gehört und wohl mehr der ersten
tragischen Heldinnen zuzurechnen. Frä. Wande hat eine sehr
wohlwollende und dabei fröhliche Organ und in ihrem Spiel
einen leidenschaftlichen Zug, der besonders in dem dritten Act
zur Geltung kam. Sie sprach den Wogel mit schmerzhafter
Bewegtheit; in der großen Scene mit Elisabeth wurde sie
den mannigfachen Charakteren der Empfindung und des
Affectes durchaus gerecht, und als die Königin endlich ihrem
tiefen Groll freien Lauf läßt, da entwickelte Frä. Wande
eine Energie, die dem Feuerstrom der Schiller'schen Dichtung
nicht von seiner himmelstürzenden Wuth raubte. Es ist in der That
hier die Stelle, wo sich die Maria Stuart mit den hoch-
tragischen Aufgaben befreit, und gerade hier wird Frä. Wande
dem Dichter nicht schuldig. Auch die späteren Scenen
des letzten Actes spielte sie mit warmem Gefühlsaustausch,
obgleich der Organ für das dramatische sich weniger berei-
twillig bezieht. Dagegen zeigte sie mit dem ersten Act noch
einige Mängel der Darstellerin, welche sie gewiss ab-
geschleichen leicht im Stande ist. Daß sie auch hier die
Maria temperamentvoller nimmt, als es in der Regel geschieht,
ist durchaus nicht zu tadeln, wohl aber, daß ihr Vortrag
oft zu heftig war, wobei das dichterische Wort ver-
wischte und auch nicht immer die grammatischen und logischen
Gliederungen genügend beachtete. Da sich diese Mängel
im späteren Verlauf der Darstellung nicht wiederholten
oder wenigstens nur diese Mängel daran sich bemerkbar
ließen, so kann auch eine gleichmäßige Gestaltung des Vor-
trags im ersten Acte nur eine Frage der Zeit sein. Herr